



Anfrage

Vorlage: AF/0096/2019		Datum: 17.09.2019			
Verfasser: 04-Ratsfraktion AfD					
Az.:					
Betreff:					
Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion: Koblenzer Wochen der Demokratie 2019					
Gremienweg:					
26.09.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

Anfrage:

Die „Koblenzer Wochen der Demokratie“ wurden 2018 anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der sogenannten ‚Rittersturzkonferenz‘ ins Leben gerufen. Die diesjährigen Demokratie-Wochen fanden vom 5. Mai bis zum 5. Juni unter dem Motto „Wozu Demokratie? Weil wir die Wahl haben!“ statt. Schwerpunkt sollte aufgrund der EU- und Kommunalwahlen sowie des 100-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts das Thema ‚Wahlen‘ sein. Verantwortliche Organisatorin ist die Kulturdezernentin der Stadt Koblenz, Frau Dr. Theis-Scholz (SPD). Gefördert wurden die Demokratie-Wochen unter anderem durch das Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Fördermittel erhalten vor allem solche Einrichtungen und Projekte, die sich für „Vielfalt“ und ein „gutes Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ sowie gegen „Hass, Hetze und Fake News im Netz“ einsetzen.

Gemäß den Leitlinien werden die Koblenzer Demokratie-Wochen von der Vision getragen, Bürger aus der Region Koblenz, „die sich zu einer demokratischen Kultur bekennen“, zu ermutigen, neue Ideen und Konzepte zu entwickeln, um Koblenz „bunt und vielfältig“ zu erhalten. Die Projektwochen sollen ferner „im Sinne eines Frühwarnsystems“ auf die Gefahren für die „liberal-demokratische Grundverfassung“, die von „autoritären, nicht-demokratischen Tendenzen“ ausgehen, aufmerksam machen. Alle Veranstaltungen und Akteure seien jedoch „parteiunabhängig“ und sollen insgesamt ein breites Spektrum politischer Themen und Ideen abdecken, um somit eine „pluralistische Meinungsvielfalt“ zu gewährleisten. Alle Akteure müssen sich zudem verpflichten, „keine Veranstaltung durchzuführen, die nicht den demokratischen Prinzipien entspricht.“

Eine Durchsicht des offiziellen Programms offenbart hingegen, dass der gesamten Veranstaltungsreihe ein selbstreferentielles, in sich geschlossenes linkes Menschen-, Welt- und Geschichtsbild zugrunde liegt. Dementsprechend dominieren neomarxistische Denk- und Forschungsansätze, die aus der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule hervorgegangen sind. So befassten sich Vorträge mit der „Verwobenheit von Rassismus und Ableismus in der frühen Kindheit“, den „Rechten von Migrant*innen“ und der „Diskriminierung und Unterdrückung queerer Menschen“. Auffällig ist darüber hinaus die bisweilen affirmative Darstellung der Europäischen Union und die Kooperation mit parteipolitisch gefärbten Vereinen wie „Pulse of Europe“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadt:

1. Wie hoch waren die Gesamtkosten für die Demokratie-Wochen 2019?
2. Welchen Anteil an den Gesamtkosten hat die Stadt getragen?
3. Unter welchem Haushaltstitel werden die von der Stadt getragenen Kosten geführt?
4. Welchen Betrag hat die Stadt als Projektförderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erhalten?
5. Wurde eine Evaluation der Demokratie-Wochen durchgeführt?

6. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
7. Wenn ja, wie viele Personen haben im Schnitt an einer Veranstaltung teilgenommen?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Was versteht die Stadt unter einem „Bekenntnis zu einer demokratischen Kultur“?
10. Was versteht die Stadt unter einer „bunten und vielfältigen“ Stadt?
11. Inwieweit hat das Konzept „Buntheit und Vielfalt“ einen normativen Charakter in den verbreiteten Demokratietheorien?
12. Was versteht die Stadt unter einer „liberal-demokratischen Grundverfassung“?
13. Welche „autoritären, nicht-demokratischen Tendenzen“ bedrohen diese Grundverfassung? Bitte aufschlüsseln.
14. Welche weiteren Phänomene von Gewalt, Menschen- und Demokratiefeindlichkeit kann die Stadt neben dem im Einleitungstext genannten Rechtsextremismus identifizieren?
15. Wurde im Rahmen der Demokratie-Wochen auch in einem angemessenen Umfang über Linksextremismus, Islamismus und Germanophobie referiert?
16. Nach welchen Gesichtspunkten und durch wen erfolgte die Auswahl der Akteure, die sich im Rahmen der Demokratie-Wochen präsentieren durften?
17. Inwieweit wird durch die Kooperation zwischen der Stadt und „Pulse of Europe“ die Pflicht zur strikten parteipolitischen Neutralität nicht verletzt? Bitte begründen.
18. Wurden auch Persönlichkeiten, Initiativen und Institutionen aus dem konservativen, rechten, nationalliberalen, libertären und alternativen Spektrum zu den Koblenzer Demokratie-Wochen eingeladen?
19. Wenn ja, welche Gespräche wurden im Vorfeld geführt?
20. Wenn nein, warum nicht? Bitte begründen.
21. Warum fühlte sich die Stadt dazu veranlasst, die Akteure im Vorfeld zu verpflichten, „keine Veranstaltung durchzuführen, die nicht den demokratischen Prinzipien entspricht“? Bitte begründen.
22. Warum wurde in dem Programm das ‚Gender-Sternchen‘ verwendet, obwohl dies in der offiziellen Verwaltungssprache der Stadt Koblenz vermieden wird?
23. Welche Geschlechter bzw. Geschlechtsidentitäten werden durch das im Programm verwendete ‚Gender-Sternchen‘ repräsentiert? Bitte einzeln auflisten.
24. Wie definiert die Stadt den Begriff „Einwanderungsgesellschaft“ und woran macht sie fest, dass es sich in Deutschland um eine solche handelt?
25. Wie definiert die Stadt die Begriffe „Hassrede“ und „Hetze“?
26. Wie bewertet die Stadt die Gefahr, dass durch die Vagheit und Dehnbarkeit der Begriffe die Meinungs- und Redefreiheit in verfassungswidriger Weise eingeschränkt wird und Weltanschauungen, die der eigenen widersprechen, kriminalisiert werden?
27. Welche Haltung nimmt die Stadt gegenüber staatlich finanzierten „No-Hate-Speech-Kampagnen“, Meldeplattformen, Uploadfiltern und sonstigen Zensurmaßnahmen ein?
28. Kann die Stadt konkrete Formen der Unterdrückung „queerer“ Menschen in der gegenwärtigen Gesellschaft benennen?
29. Wie bewertet die Stadt die Situation von „queeren“ Menschen in islamisch geprägten Milieus bzw. Gesellschaftsformen?
30. Wie definiert die Stadt den Begriff „Fake News“?
31. Wurde im Rahmen der Demokratie-Wochen das in Deutschland zu beobachtende Phänomen der „Mediendemokratie“ thematisiert?
32. Wie bewertet die Stadt die Ausgewogenheit, Neutralität, Unparteilichkeit und Objektivität der Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk?
33. Wurden im Rahmen der Demokratie-Wochen auch Instrumente der Direkten Demokratie (Referenden, Volksabstimmungen, Plebiszite, Initiativverfahren etc.) vorgestellt und diskutiert?

34. Wurde insbesondere die Geschichte der Direkten Demokratie im deutschsprachigen Raum beleuchtet?
35. Wurden insbesondere die auf kommunaler Ebene anwendbaren direktdemokratischen Instrumente vorgestellt und diskutiert?
36. Wenn Fragen 27, 29, 30 und 31 mit „nein“ beantwortet werden, warum nicht?
37. Welchen Stellenwert haben der Vormärz, die deutsche demokratische Bewegung und die Reichsverfassung von 1871 bei den Demokratie-Wochen eingenommen?
38. Welchen Stellenwert hat im Allgemeinen die deutsche Politik-, Philosophie-, Verfassungs- und Ideengeschichte bei den Demokratie-Wochen eingenommen?
39. In welchem Umfang wurden die Besucher der Demokratie-Wochen über die Fehlentwicklungen, die antidemokratischen Strukturen und die totalitären Züge der Europäischen Union informiert? Bitte bei der Antwort auf die folgenden Punkte eingehen.
 - a. Zentrale EU-Institutionen wie die Europäische Kommission, die umfassende Machtbefugnisse besitzen und die Leitlinien der europäischen Politik definieren, sind nicht durch Wahlen legitimiert und agieren ohne erkennbares Mandat.
 - b. Zahlreiche Gesetzentwürfe werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit im ‚Trilog‘ ausgearbeitet.
 - c. Die Gewaltenteilung ist durch den vom Ministerrat praktizierten Exekutivföderalismus weitgehend außer Kraft gesetzt.
 - d. Die Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion des EU-Parlaments ist stark eingeschränkt, es besitzt kein Initiativrecht.
 - e. Die vertragliche Verpflichtung des EuGH zu einer zentralistischen Interpretation der EU-Verträge und der „Verwirklichung einer immer engeren Union“ führt in der Praxis zu einer stetigen, grundgesetzwidrigen Aushöhlung der nationalen Souveränität.
 - f. Struktureller Lobbyismus und grassierende Korruption in den EU-Institutionen.
 - g. Jährliche Kosten für den gigantischen EU-Behördenapparat und die angeschlossenen Förderungsnetzwerke.
 - h. Konkrete Pläne für einen gemeinsamen EU-Haushalt, EU-Steuern und ein EU-Finanzministerium.
 - i. Die schwerwiegende Belastung des deutschen Mittelstands durch realitätsferne und kontraproduktive Vorschriften, Richtlinien und Grenzwerte.
 - j. Die Verfassungswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik: Sie verstößt gegen grundlegende Vorgaben der europäischen Verträge und Strukturprinzipien der Währungsunion und unterminiert zusätzlich die Haushalts- und Budgethoheit des deutschen Parlaments.
 - k. Die Einrichtung einer dauerhaften Haftungs-, Schulden-, Transfer-, und Bankenunion und die daraus resultierende Belastung der Steuerzahler in den Geberländern.
 - l. Die Nullzins- und Inflationspolitik der EZB und die daraus resultierende Enteignung der deutschen Sparer.
 - m. Deutschland liegt im EU-Vergleich bei der Eigentumsquote, dem Rentenniveau, dem Median-Vermögen und dem am Bruttoinlandsprodukt gemessenen Finanzvermögen auf den hinteren Plätzen, hat aber zugleich die höchsten Steuerlasten und Strompreise zu tragen und ist mit großem Abstand der größte Netto-Zahler der EU.
 - n. Die Migrationspolitik der EU beruht auf permanenten gravierenden Rechtsbrüchen (u.a. Verstöße gegen die Dublin-III-Verordnung, das Schengen-Abkommen und das Grundgesetz) und verzichtet auf einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen.
 - o. Zensurmaßnahmen (u.a. Uploadfilter, Kampagnen gegen „Hassreden“) schränken die Meinungs- und Pressefreiheit ein.

- p. Die als „große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ propagierte Dekarbonisierung Europas („Klimaneutralität“) und die Wende hin zu einem ökologischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft („Vereinigte Staaten von Europa“) werden konsequent vorangetrieben.
 - q. Möglichkeiten, die EU grundlegend zu reformieren oder geordnet und vertragskonform aus der EU auszutreten (§50 EU-Vertrag).
40. Welche Pläne liegen für die Demokratie-Wochen 2020 vor?